

Klimapolitik beginnt am Haus

Klimapolitik setzt einen langen Atem voraus. Wer kommunale Klimaziele anpeilt, setzt am besten auf Massnahmen bei Gebäuden, dort ist am meisten zu holen. Die Basis legen genaue Verbrauchszahlen.

«Im Grund ist das Vorgehen einfach, und wir kennen es im Prinzip seit langen Jahrzehnten: Es gilt, sich ein Bild von der Lage zu machen und dann die Prioritätenliste abzuarbeiten», sagt Kurt Egger vom Aadorfer Energieberatungsbüro Nova Energie AG mit Sitz in Aadorf, Aarau und Basel. Das Büro ist seit 1996 als Energie- und Umweltberatungsfirma tätig. Zu den Kunden zählen Gemeinden, Städte, Kantone und Länder sowie private Firmen im In- und Ausland. Ausserdem koordiniert es die Programme von EnergieSchweiz. Für Egger ist klar: «Jede eingesparte Kilowattstunde Energie bedeutet Klimaschutz.» So weit, so klar.

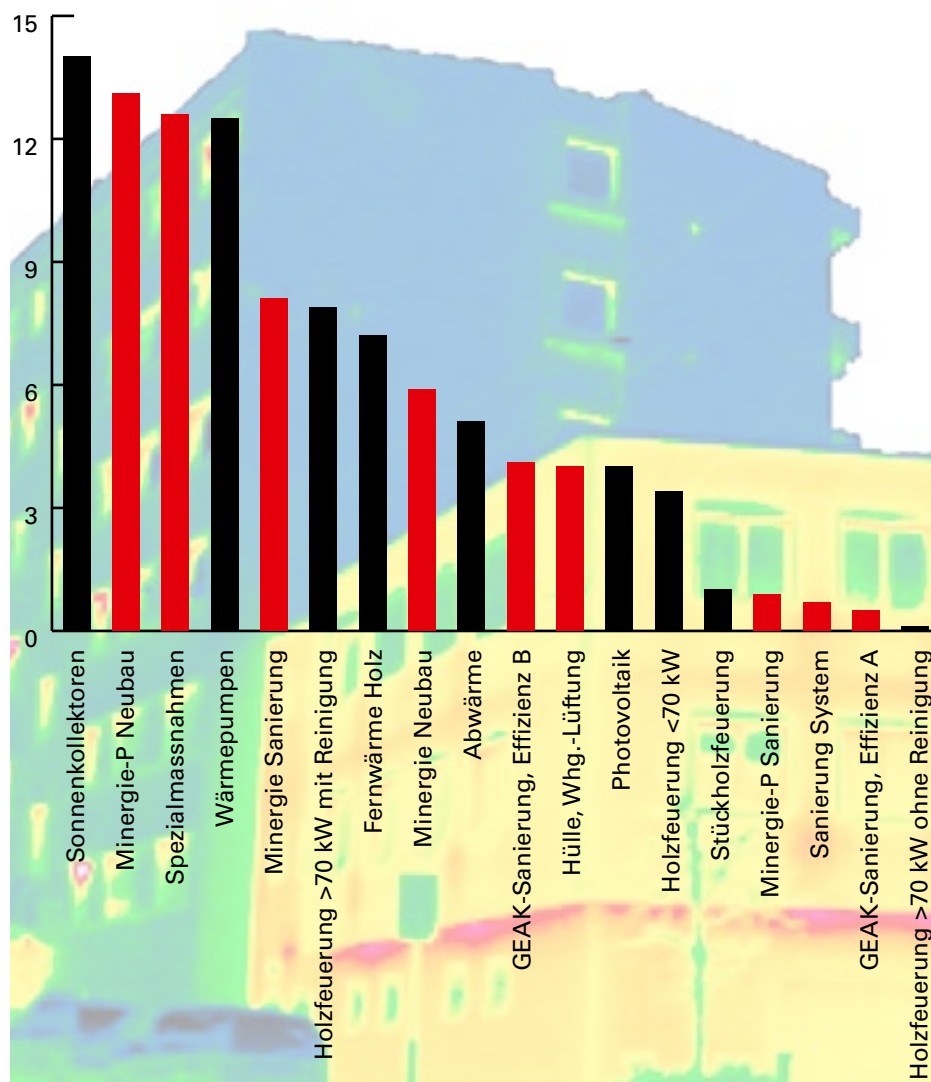
In der Praxis stehen Energiekonzepte und Energiesachplanungen im Vordergrund. Vorgemacht wird dies mit der aktuellen CO₂-Aufmerksamkeitskampagne «CO₂-tiefer legen» von EnergieSchweiz: Viele Varianten führen zu einer abgasärmeren oder sogar abgasfreien Zukunft. Enthusiasten droht jedoch an den Klippen kommunaler Realpolitik schnell der Schnauf auszugehen. Denn aktive Klimapolitik ist vorab mit dem Energieeinsatz am und im Bau zu machen. Rund die Hälfte der Energie (Brennstoffe sowie Strom) in der Schweiz geht in den Gebäudebereich. Egal ob man bei den grossen Planungsbüros Amstein + Walthert, Eicher und Pauli AG oder Gruner nachfragt oder ob man auf die institutionellen Energieprogrammträger wie EnergieSchweiz, Infrawatt, Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW), Energo, die Institute, Finanzierungshelfern wie Stiftung Klimaschutz und CO₂-Kompensation KliK, Hoch- und Fachhochschulen hört – überall heisst es: Klimapolitik ist vorab Baupolitik, und die ist Sache von Kanton und Gemeinden und das kostet zuerst einmal Geld. Almut Kirchner vom Wirtschaftsforschungsinstitut Prognos, die auch den Bundesrat berät, bringt die Problematik auf den Punkt: «Wenn wir über Energiesparen reden, reden wir meist über Investitionen.» Die Einsparungen zeigen sich erst nach einer gewissen Zeit.

Widerstand gegen Vorschriften

Klima- und Energiepolitik braucht also einen langen Atem: Das Ziel des Aargauer Regierungsrates, Ölheizungen nur noch ausnahmsweise zu bewilligen, scheiterte

vor zwei Jahren im Grosse Rat. Immerhin konnte man sich nun auf eine Energiestrategie einigen. Sie will die Energieeffizienz steigern und den Ausbau erneuerbarer Energien in den Gebäuden verstärken. Einen Dämpfer erhielt in diesem Sommer auch der Könizer Gemeinderat, dessen neues Baureglement, das einen Anteil von 70 Prozent erneuerbarer Energie für Heizung und Wasser vorsah, heftig bekämpft und schliesslich mit 56 Prozent Neinstimmen abgelehnt wurde. Dabei gibt es in anderen Gemeinden vergleichbare Vorschriften. Was die Stimmbürger von Köniz nicht wollen, geht in Riggisberg. Die Ge-

meinde verlangt bei Neubauten einen Anteil von mindestens 67 Prozent erneuerbarer Energie. Die Gemeinde ging selbstbewusst voran. Denn für die Riggisberger im Herzen der Gantrischregion ist eine Sache klar: Die Gemeinde ist «ein Ort zum Geniessen und Verweilen». Es wird der jeweils gültige Gebäudestandard von Energiestadt angestrebt, verankerte der Souverän im Energieleitbild. Was in den Gemeinden für Treibhausgas sorgt, ist höchst unterschiedlich, und Grosse mittente gibt es selten: In der Regel sorgt ein Heizungsmix von kleinen und mittleren Verbrauchern wie Verwaltungs- und Schulgebäuden für die



Der Löwenanteil der Subventionen der Kantone, nämlich rund 48 Millionen Franken, fliessen in die Gebäudesanierungen (rote Säulen).

Daten: BFE; Grafik: czd

Emissionen. Die grosse Ausnahme sind die Hallenbäder. Gebaut in einer Zeit, als das Öl billig und der Klimaschutz ein Fremdwort war, drücken sie heute mancherorts auf die Budgets. Etwa das im basellandschaftlichen Liestal. Dort beträgt der Verbrauch: 3 Mio. kWh (eine Energiekennzahl von 130 kWh/m³) oder bis zu 30 Kilogramm Heizöl pro Stunde. Es sind die reinsten Schlote! Entsprechend gross ist in diesem Fällen auch der Hebel, um das CO₂ tiefer zu legen. Heute steht Liestal mit Holzschnitzel- und Solarwärme sowie allen Arten der Energierückgewinnung gut da. Der Verbrauch ist um 40 Prozent gesunken. Ein anderes Vorzeigebispiel: Im KSS Freizeitpark Schaffhausen sanken die jährlichen Energiekosten innert vier Jahren um 20000 Franken, und gleichzeitig werden 35000 Franken an CO₂-Abgaben eingespart. Generell zeigen Schwimmbadbauplaner wie Beck in Winterthur, die oft im kommunalen Auftrag unterwegs sind: Eine Gemeinde will was für den Klimaschutz tun? Hallenbäder sanieren! Dem gegenüber steht die Debatte um die hohen Kosten, mit denen sich Gemeinden konfrontiert sehen, die ein Hallenbad besitzen (vgl. dazu SG 04/10). Sicher, der Klimaschutz ist ein mühsames und schwieriges Geschäft. Mag der politische Wille auch vorhanden sein, es gilt, die Bevölkerung zu gewinnen. Immerhin zeigt das Wahlbarometer von gfs Bern, dass der Umweltschutz den Wählenden jeder Couleur wichtiger ist als der Wohlstand.

Leuthard: «Wir müssen vom Öl weg»

Gemeinden, die auf dem Weg sind, erhalten Support von höchster Stelle. Bundesrätin Doris Leuthard skizziert den Weg, der die Schweiz ins Energie- und Klimawende-Zeitalter führen soll: «Es ist klar, dass wir früher oder später vom Öl wegkommen müssen. Sei es, weil die fossilen Energien endlich sind. Sei es, weil wir mehr Klimaschutz brauchen.» Wie der im September 2015 vom Bundesamt für Energie vorgestellten «Wirkungsanalyse kantonaler Förderprogramme» zu entnehmen ist, stellen Bund und Kantone Fördermittel für die Energiewende zur Verfügung. Geld gibt es auch von der Stiftung KliK, die in verschiedenen Programmen aktiv ist.

Marc Gusewski

Informationen:
www.co2tieferlegen.ch

Anzeige

publiweb



Ruf DRIVE

Auf Nummer sicher



Ruf DRIVE garantiert als flexibler Online-speicher den sicheren und zuverlässigen Austausch von Dokumenten.

50 GB Fr. 40.- / Monat	100 GB Fr. 75.- / Monat
250 GB Fr. 129.- / Monat	500 GB Fr. 177.- / Monat
Ab 500 GB +100GB Fr. 9.- / Monat	Weitere Informationen und Bestellung unter www.rufdrive.ch

Ruf Gruppe, 8952 Schlieren, www.ruf.ch, Tel. 044 733 81 11